**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 49 (1969-1970)

**Heft:** 4: Schriftsteller und Politik

Artikel: Zwiespältiges kommunistisches "Konzil"

Autor: Fabius

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-162284

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 29.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die «weltkommunistische» Gipfelkonferenz, um deren Zustandekommen die Sowjetführung sich seit Jahren bemüht hatte, ist in Moskau am 17. Juni nach zwölftägiger Dauer mit der Unterzeichnung eines wenig spektakulären Hauptdokumentes zu Ende gegangen. Die wortreiche Erklärung enthält wenig neues; sie verdient es, eher als Produkt agitatorischer Propaganda denn als Politikum eingestuft zu werden. Schon der Titel des Dokumentes ist charakteristisch; er heisst: «Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Epoche und die Aktionseinheit der kommunistischen Parteien und aller antiimperialistischen Kräfte.» Auf den gemeinsamen Nenner des «Antiimperialismus» haben sich die meisten der in Moskau vertretenen Parteien bringen lassen, aber selbst hier wurde keine volle Einigkeit erzielt. Nur 66 der 73 anwesenden Parteien haben das Grundsatzdokument unterzeichnet, von denen fünf Vorbehalte angemeldet haben. Vier Delegationen beschränkten sich auf die Unterzeichnung eines einzigen Kapitels, eine Partei, die dominikanische, hat die Unterschrift überhaupt verweigert - ihr ist die Linie Moskaus offensichtlich nicht revolutionär genug.

### Erfolg oder Misserfolg?

Sucht man die Ergebnisse der Konferenz gesamthaft zu analysieren, so steht wohl zunächst die Überlegung im Vordergrund, dass Moskau es als Erfolg für sich beanspruchen kann, dass das Treffen überhaupt zustande gekommen ist. Im vergangenen Sommer, nach der *Invasion der Tschechoslowakei* durch die Truppen des Warschaupaktes, hatte es so ausgesehen, als ob damit auch die Weltkonferenz ad calendas graecas vertagt worden sei. Dem beharrlichen Drängen des Kremls ist es jedoch gelungen, die Widerstände zu überwinden und die Vertreter der «Weltbewegung des

Kommunismus» an einem Tisch zu versammeln.

Dieser positive Aspekt enthält freilich einige recht bedeutende Einschränkungen. Im Georgssaal des Kremls, wo die Konferenz tagte, waren einige bemerkenswerte Lücken zu verzeichnen. So fehlten selbstverständlich die Chinesen, es fehlten die Albaner, die Nordvietnamesen und die Nordkoreaner. Auch Jugoslawien war nicht anwesend, und die Kubaner liessen sich lediglich durch einen Beobachter vertreten. Mit andern Worten: alle regierenden kommunistischen Parteien jener Länder, die nicht unmittelbar dem Griff Moskaus ausgesetzt sind, haben sich durch ihr Nichterscheinen von vornherein von der Moskauer Konferenz distanziert. Es fehlte aber auch eine so grosse Partei wie die japanische KP, und die Italiener - zahlenmässig die stärkste nichtregierende kommunistische Partei - hat sich geweigert, das Hauptdokument im vollen Umfang zu akzeptieren.

Das Bild einer aufgelockerten Front wird vervollständigt durch den Verlauf der Gipfeltagung. Zum Thema China hat sich der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu in unmissverständlichen Worten geäussert und sich scharf gegen jede Verurteilung Pekings durch das kommunistische «Konzil» gewandt. Im Schlussdokument ist denn auch kein Wort über die chinesische Frage zu finden, obwohl sie heute ohne Zweifel das Zentralproblem der kommunistischen Weltbewegung ist. Für Moskau hatte die Weltkonferenz vor allem den Zweck, eine geschlossene Front der kommunistischen Parteien gegenüber China zu schaffen. Dieses Ziel, so kann man jetzt schon feststellen, ist nicht erreicht worden. Die «gelbe Gefahr» bedroht weiterhin den Führungsanspruch des Kremls innerhalb des Kommunismus.

Gegenüber dieser ständigen akuten Drohung wiegt die Tatsache nur wenig, dass es den Sowjets offensichtlich gelungen ist, den Reformkurs der Prager Führung endgültig oder doch weitgehend zu stoppen. Husaks Bekenntnis zu Moskau kann jedoch niemanden darüber hinwegtäuschen, dass dieses Einschwenken auf die sowjetische Linie das Ergebnis einer Politik der allerschwersten Pression ist. Die schönen Worte, mit denen sich das Grundsatzdokument gegen die Gefahren des Imperialismus wendet, klingen deshalb wie Hohn, passen sie doch uneingeschränkt auf das sowjetische Vorgehen gegenüber der nach einem eigenen Weg suchenden Tschechoslowakei. Auch der Passus über die Beziehungen zwischen den «Bruderparteien», denen «proletarischer Internationalismus, Solidarität und gegenseitige Hilfe, Respekt für die Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichheit und Nichteinmischung» zugesichert wird, ist kaum mehr als pure Heuchelei. In nur schwach verklausulierter Form wird in dem Grundsatzdokument die Breschnew-Doktrin kodifiziert, wenn gesagt wird, dass es zu den Pflichten der Kommunisten gehöre, den Sozialismus zu verteidigen und der Gegenrevolution, die die Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht zu unterminieren suche, die gebührende Antwort zu geben.

# Abbau der amerikanischen Truppenbestände in Vietnam

Während die Sowjetunion auf der Moskauer Konferenz versuchte, der Desintegrationstendenzen Herr zu werden, die ihr Imperium und die kommunistische Bewegung in der ganzen Welt erschüttern, haben die Vereinigten Staaten einen Schritt in Richtung auf einen Abbau ihrer Streitkräfte in Vietnam getan. Präsident Nixon ist mit dem südvietnamesischen Staatsoberhaupt Thieu auf der Midway-Insel im Pazifik zusammengetroffen. Ergebnis des Besuches war die Ankündigung des vorläufigen Abzuges von 25000 Mann amerikanischer Truppen aus Südvietnam. Es scheint sich dabei um einen Kompromiss zu handeln, nachdem unmittelbar vor Nixons Flug nach Midway in Washington von einem grösseren Truppenkontingent die Rede gewesen war, das aus Vietnam hätte zurückgerufen werden sollen.

Mit seinem Entscheid hat Nixon einem Ruf nachgegeben, der in den Wochen der Wahlkampagne vom vergangenen Herbst immer lauter geworden war. Neue Initiativen im Vietnamkonflikt im Sinne eines Abbaues des amerikanischen Engagements waren damals Schlagworte der innenpolitischen Auseinandersetzung. Nixon hat sich aus diesen Querelen vorsichtig herausgehalten und sich auf nichts festgelegt, um als Präsident freie Hand zu behalten. Es war ihm bewusst, wie schwierig und komplex das Vietnamproblem ist und dass jede Ankündigung von Vorleistungen «kontraproduktiv» zu wirken droht, indem sie die Haltung der Gegenseite nur versteift.

#### Harter Kurs der Kommunisten

Diesen zurückhaltenden Kurs hat Nixon auch während der ersten Monate seiner Administration beibehalten. Wenn er nun von ihm abgewichen ist, so wohl deshalb, weil er sich in die Lage versetzt glaubte, eine konkrete Geste tun zu müssen. Es gibt gar keinen Zweifel darüber, dass ihm von kommunistischer Seite bisher nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt worden ist. Fast gleichzeitig mit der Ankündigung des Rückzuges eines amerikanischen Truppenkontingentes hat sich in Südvietnam eine «Gegenregierung» der «Nationalen Befreiungsfront», das heisst des Vietcong, etabliert, die von den kommunistischen Staaten prompt anerkannt worden ist.

Diese Taktik im Ringen um Vietnam lässt wenig Hoffnungen auf eine baldige Lösung des Konfliktes zu. Einer elastischen Politik der Vereinigten Staaten in Südostasien sind *Grenzen* gesetzt. Wenn auf der Gegenseite nicht das Gespür dafür vorhanden ist, wie weit man in der Konfrontation mit Amerika gehen kann, dürfte sich auch in Washington die Stimmung wieder verhärten. Einen bedingungslosen Abzug aus Vietnam können sich die USA

nicht leisten, wenn sie nicht riskieren wollen, dass das ganze Gebäude ihres Verteidigungssystems in Asien zusammenstürzt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass unter diesen Umständen ein Friede in Vietnam und eine Befriedung dieses Gefahrenherdes noch immer in weiter Ferne liegen.

## Von de Gaulle zu Pompidou

Das französische Volk hat ein neues Blatt in seiner Geschichte aufgeschlagen. Am 15. Juni ist im zweiten Wahlgang der frühere Premierminister Georges Pompidou zum neuen Präsidenten der Republik gewählt worden. Der Wahlausgang war keine Überraschung. Pompidou, einst treuer Gefolgsmann de Gaulles, verkörperte Kontinuität und Stabilität in einem. Auch wenn man die Wahlsituation skeptisch beurteilt, weil die Linke sich abseits hielt und Poher keine klare Alternative zum Gaullismus war, wird man das Ergebnis vom 15. Juni (wie auch den ersten Wahlgang vierzehn Tage zuvor) als ein Bekenntnis Frankreichs zu der Regierungsform interpretieren dürfen, die ihm in den vergangenen elf Jahren von General de Gaulle vorexerziert worden ist.

Man wird sich lediglich die Frage zu stellen haben, ob Pompidou in den Mantel passen wird, den de Gaulle für sich in der Präsidialverfassung zurechtgeschneidert hat. Die halbautoritäre Regierungsform des Generals, dessen Autorität auf seinem Charisma beruhte, ist nicht ohne weiteres auf einen Nachfolger übertragbar. Pompidou hat zwar vergangenes Jahr gezeigt, dass er in der Lage ist, schwierige innenpolitische Situationen zu meistern. Er hat im Mai 1968 den Revolutionären der Strasse zunächst die Stirn geboten, während der Präsident in Rumänien nebulösen Zielen nachreiste. Aber zwischen den Persönlichkeiten de Gaulles und Pompidous stehen Welten, und das Experiment eines Gaullismus ohne de Gaulle hat erst seine Probe zu bestehen.

## Hoffnungen und Spekulationen

Der Wechsel an der Spitze Frankreichs hat weitherum Hoffnungen geweckt, dass nun eine neue Epoche in der französischen Aussenpolitik anbrechen werde. Vor allem in jenen europäischen Ländern, in denen eine Erweiterung des Gemeinsamen Marktes durch die Aufnahme Grossbritanniens befürwortet wird, spekuliert man - wenn auch in vorsichtiger und zurückhaltender Weise - auf einen Kurswechsel. Konkrete Symptome dafür sind freilich nicht vorhanden, und es scheint auch nicht wahrscheinlich, dass in dieser Frage in absehbarer Zeit Pompidou das Steuer um 180 Grad herumwerfen wird. Auch in Washington richtet man sich darauf ein, dass in der atlantischen Politik Pompidou zum Fortsetzer der Linie de Gaulles wird. Die Administration Nixon hat sich in europäischen Fragen auf eine Verständigung mit Frankreich eingerichtet, und es hat nicht den Anschein, als ob die Beraterteams im Weissen Haus und im Staatsdepartement von diesem Kurs abzuweichen gewillt wären. Aber man kann doch nicht verkennen, dass sich überall - in Europa wie jenseits des Atlantik - die geheime Hoffnung breit macht, mit dem Ausscheiden des Generals werde ein etwas konzilianterer Geist in Paris Einzug halten. Ob das zutrifft und ob ein Präsident Pompidou im Elysée bereits eine Abkehr von der einzelgängerischen Politik Frankreichs bedeutet, bleibt abzuwarten. In der Ära de Gaulle sind manche Weichen in einer Weise gestellt worden, die einen neuen Kurs erschweren, wenn nicht überhaupt verunmöglichen.

**Fabius**